

JHA 06.09.2017 – Anlage zu TOP 3. Mitteilungen der Verwaltung

1. Haushalt

Herr Ruhl führt aus, dass die Kommunalaufsicht Anfang August in weiten Teilen den städtischen Doppelhaushalt genehmigt habe. Allerdings gebe es Sparvorgaben in Höhe von

- ca. 1,8 Mio. € für 2017 und
- ca. 4,4 Mio. € für 2018.

Dazu solle jeweils eine Sperre verhängt werden. Für 2017 sei das recht unproblematisch, da die Kommunalaufsicht erlaubt habe, auch Mehreinzahlungen zu berücksichtigen. Konkrete Ansätze der Sperre 2017 seien Minderauszahlungen bei Zinsen, Mehreinzahlungen für KdU, Mehreinzahlungen bei Steuern.

Für 2018 werde es problematischer. Dazu wolle die Verwaltung noch in 2017 mit entsprechenden Vorschlägen in die städtischen Gremien.

Mit der Haushaltsgenehmigung seien auch Mittel im Bereich freiwilliger Aufgaben auszuschütten. Damit sei zeitnah begonnen worden.

Mit der Haushaltsgenehmigung sei schließlich die Genehmigung des **Stellenplans** verbunden. Für das Jugendamt bedeute das, dass die neue Stelle Jugendhilfeplanung besetzt werden dürfe, wie auch die neue Stelle Jugendsozialarbeit, Prävention. Für die Stelle Jugendsozialarbeit, Prävention sei am 06.09., 18 Uhr, die Ausschreibungsfrist abgelaufen. Die Stelle Jugendhilfeplanung sei ebenfalls ausgeschrieben worden. Da laufe die Bewerbungsfrist bis Ende September.

Parallel dazu konnten auch Stellen im Sozialpädagogischen Dienst ausgeschrieben werden. Da sei die Verwaltung im Auswahlverfahren. Zwei Stellenbesetzungen seien hier noch offen. Damit wären die VZÄ gemäß Stellenplan erstmalig seit längerer Zeit voll besetzt, was in Anbetracht steigender Fallzahlen auch notwendig sei.

Besetzt werden solle kurzfristig auch die neueingerichtete Stelle Fachberatung Kindertagespflege im Fachdienst 40.

Im Bereich **Unterhalt** sei es wie befürchtet zu einem deutlichen Anstieg der Fallzahlen gekommen. Auch hier sei aufgestockt worden. Durch die Stellenplangenehmigung könne die Verwaltung nun auch weitere Stellenbesetzungen – unbefristet – bei der Kommunalaufsicht beantragen.

2. SoJuS

Fortschritte gebe es auch in Bezug auf die Fachsoftware SoJuS.

Hier liege aktuell ein unterschrittsreifer Vertrag vor als auch eine Vereinbarung zur gemeinsamen Beantragung von Fördermitteln (Kooperationspartner seien der Landkreis Vorpommern-Greifswald, die Stadt Rostock und die Stadt Schwerin).

Der Eigenanteil würde ca. 10.000 € betragen.

Was bisher nicht geklärt sei, sind die Pflege- und Wartungskosten. Das gelte auch für die Einbeziehung qualitativer Kriterien.

Da die städtische KSM hier diese Aufgaben landesweit übernehmen solle, werde in den nächsten Tagen dazu ein Abstimmungstermin mit den Partnern stattfinden.

3. Hilfen zur Erziehung

Herr Ruhl führt aus, im Bereich der Hilfen zur Erziehung registriere die Verwaltung einen deutlichen **Fallzahlenanstieg** in 2017.

4. Integration

Herr Ruhl berichtet, dass in Schwerin zurzeit mehr als 2.400 Menschen mit Flüchtlingsbezug leben dürften (Zahlen der Arbeitsverwaltung).

Er berichtet ebenfalls über einen Abstimmungstermin mit der Polizeiinspektion. Diese schätze die Lage als sehr ruhig ein, auch in Bezug auf unbegleitete minderjährige Ausländer.

Herr Ruhl informiert, dass es für die Landeshauptstadt Schwerin ab Januar vier vom Land finanzierte Joblotsen geben werde.

Im Übrigen seien weitere Fördermittelanträge gestellt worden (Jugendintegrationsmobil, Interkulturelle Jugendarbeit u. a.).

Mit dem IB und der Evangelischen Jugend werde zurzeit an weiteren Anträgen gearbeitet.

Herr Ruhl führt aus, dass die Verwaltung die Sommerpause genutzt habe, einen intensiven Austausch mit ebenfalls belasteten Kommunen zu führen (Beispiel: Salzgitter).

Auf Nachfrage Herrn Böhms teilt Herr Ruhl mit, die Verwaltung plane, noch in 2017 ein neues Integrationskonzept zu erarbeiten.

Mehrere Vertreter von Trägern berichten über Probleme mit Übersetzungen. Ein Einsatz der vorhandenen Integrationslotsen komme laut Herrn Ruhl nur in Ausnahmefällen in Betracht, da diese mit Verwaltungsaufgaben ausgelastet seien.

Er sagt zu, dass die Verwaltung den Einsatz von Dolmetschern für Externe noch einmal prüfen werde.

5. Sonstiges

Herr Ruhl verweist auf verschiedene geplante Veranstaltungen, u. a.

- Aktionstag des IB Schwerin gegen sexuelle Gewalt am 14.09.2017
- Auftakt Aktionswoche Kinderschutz am 15.09.2017, die in diesem Jahr zusammen mit dem Sozialministerium ausgerichtet werde.
- Geplant seien auch Schulungen nicht anerkannter Träger zum Thema Kinderschutz mit der Start gGmbH / Bündnis Kinderschutz MV.

(gez.)

Ruhl